

Antragstext

1 Köln ist eine wachsende Stadt, die sich ständig verändert. Diesen Wandel gut zu
2 begleiten, dafür setzen wir GRÜNE uns seit jeher ein. Eine wachsende Stadt
3 braucht nicht nur mehr Wohnraum, sondern auch mehr ÖPNV, mehr Schulen, mehr
4 Sportflächen und mehr Grün- und Freizeitflächen. Um dies zu verwirklichen,
5 braucht es Gestaltungsfreiraum. Dafür muss in Köln eine nachhaltige und aktive
6 Bodenpolitik weiterentwickelt und praktiziert werden, es müssen neue Wohngebiete
7 und Stadtteile geschaffen werden und gleichzeitig Grün- und Freiflächen erhalten
8 und ausgebaut werden. Außerdem brauchen wir eine Innenentwicklung, die Baulücken
9 schließt, mindergenutzte Gewerbeflächen besser nutzt und eine maßvolle
10 Nachverdichtung bei flächenintensiven Einzelhaus- und Mehrfamilienhaussiedlungen
11 ermöglicht. Die wachsende Stadt muss in einer lebenswerten Balance gehalten
12 werden. Dabei ist für uns klar, dass auch das Wachstum von Köln langfristig auf
13 Grund einer begrenzten Flächenverfügbarkeit endlich ist. Schon jetzt gilt es
14 sorgsam die Konflikte von Bebauung mit dem Natur-, Arten- und Klimaschutz
15 auszutarieren.

16 Unsere Grüne Vision für Köln

17 Wir wollen ...

- 18 • eine selbstbewusste Stadt, die eigene Ideen entwickelt und verfolgt.
- 19 • dass Grund und Boden in Köln soweit wie möglich in städtischem Besitz
20 bleiben, um Bodenspekulationen einzudämmen.
- 21 • dass die Anpassung an die Klimakrise ein zentrales Planungskriterium für
22 die städtische Entwicklung wird.
- 23 • dass in Köln eine vielfältige, sozial ausgewogene Wohnungspolitik verfolgt
24 wird, die den verschiedenen Bedarfen der städtischen Bevölkerung
25 entspricht.
- 26 • dass Neubaugebiete lebendig, grün und autofrei gestaltet werden.
- 27 • den Grundgedanken des „Downsizing“ fördern und dafür Instrumente
28 entwickeln.

29 Unsere Grünen Erfolge in Köln

30

31 Wir haben ...

- 32 • die Einführung des Vorkaufsrechts unterstützt, was bedeutet, dass bei dem
33 Weiterverkauf von Flächen die Stadt die Möglichkeit erhält, zu prüfen, ob
34 sie von ihrem Vorkaufsrecht Gebrauch machen will.
- 35 • die Konzeptvergabe eingeführt, ein Vergabeverfahren für Grundstücke, bei
36 dem nicht der höchst gebotene Preis ausschlaggebend ist, sondern das
37 inhaltlich beste Konzept, wobei mithilfe von transparent festgelegten

- 38 Qualitätskriterien Projekte gefördert werden, die durch besonders
39 innovative, soziale oder nachhaltige Konzepte überzeugen können.
- 40 • dafür gesorgt, dass sich die Stadt rechtswirksam für maximal 30 Jahre ein
41 Wiederkaufsrecht bei der Vergabe von Grundstücken sichert.
 - 42 • das „Stadtentwicklungskonzept Wohnen“ mit einem Potenzial von etwa 16000
43 Wohneinheiten beschlossen.
 - 44 • für große, neue Baugebiete wie den Mülheimer Süden, die Parkstadt Süd, den
45 Deutzer Hafen, Rondorf Nord-West und Kreuzfeld die Planungen weiter
46 vorangetrieben.
 - 47 • das kooperative Baulandmodell geschärft, das seit 2017 vorsieht, dass alle
48 Investoren bei Projekten von mehr als 20 Wohneinheiten verbindlich 30 %
49 sozial geförderten Wohnungsbau realisieren müssen.
 - 50 • gegen gewerbliche Airbnb-Nutzung die zuständige Abteilung der
51 Stadtverwaltung mit entsprechend Personal versorgt und die Bußgelder
52 erhöht.
 - 53 • Genossenschaften und Baugruppen ihre Planungen erleichtert, indem auf
54 unser Betreiben hin speziell für diese Zielgruppe eine Beratungsstelle in
55 der Stadtverwaltung geschaffen wurde.

56 Unsere Grünen Ziele für Köln

57 Wir werden ...

- 58 • dafür sorgen, dass städtische Flächen auch weiterhin und langfristig in
59 städtischer Hand bleiben und gezielt neue Flächen angekauft werden, damit
60 auch zukünftige Generationen noch Gestaltungsfreiräume haben.
- 61 • das Erbbaurecht als priorisiertes Vergabeinstrument auch für den
62 Wohnungsbau einführen, damit städtische Flächen nicht mehr
63 unwiederbringlich verkauft, sondern zu einem Pachtzins über lange
64 Zeiträume bis zu 99 Jahre zur Nutzung übergeben werden, wobei der Boden
65 dann in städtischem Eigentum, die Aufbauten in Privatbesitz bleiben.
- 66 • Vergabe- und Planungsverfahren durch weitestgehende Digitalisierung und
67 Parallelisierung straffen sowie die zuständigen Behörden mit ausreichend
68 qualifiziertem Personal ausstatten.
- 69 • effizient mit den knappen Flächen umgehen, den verfügbaren Raum besser
70 ausnutzen und für eine sinnvolle Nutzung von mindergenutzten Flächen
71 sorgen.
- 72 • bei der Vergabe von städtischen Grundstücken im Regelfall nur noch
73 Investoren zum Zuge kommen lassen, die das Ziel von günstigem Wohnraum und
74 kontrollierten Mieten in ihrer Eigentümerschaft verankert haben.
- 75 • die 2016 vom Rat beschlossene Wohnungsbauoffensive mit städtischen
76 Baugrundstücken verstärkt fortsetzen, um mehr öffentlich-geförderte
77 Wohnungen zu schaffen – es sollen Grundstücke im Wege des Erbbaurechts an

- 78 gemeinwohlorientierte Bestandshalter, wie z. B. die städtische
79 Wohnungsgesellschaft GAG, die städtische WSK, Genossenschaften und
80 selbstverwaltete Projekte vergeben werden, auf denen mindestens 70 %
81 öffentlich geförderter Wohnungsbau entstehen soll, und auf Basis des
82 geänderten Haushaltsrechts werden wir Grundstücke für öffentlich
83 geförderten Wohnungsbau und soziale Wohnprojekte unter Verkehrswert
84 vergeben.
- 85 • die besonderen Anforderungen von Genossenschaften und Wohnprojekten schon
86 bei der Aufstellung von Bebauungsplänen besser berücksichtigen, weil sie
87 wichtige Partner der Stadt sind, um Wohnungsbau langfristig im
88 preisgünstigen Spektrum möglich zu machen.
 - 89 • kreative und kulturelle Räume in urbanen Lagen erhalten und in neuen
90 Stadtquartieren schaffen.
 - 91 • die Vergabe von Grundstücken nach Konzeptqualität bereits bei den
92 Aufteilungen der Grundstücke mitdenken.
 - 93 • eine maßvolle Innenverdichtung und die Schließung von Baulücken
94 vorantreiben und dabei z. B. integrierte Handelsflächen planen und
95 Parkplätze und einstöckige Supermärkte mit Wohnungen oder Büros überbauen.
 - 96 • verstärkt eine integrierte Mischung von Wohnen und Arbeiten in Form von
97 gemischten und kompakten Stadtquartieren anstreben, da die Ressource
98 Fläche in Köln begrenzt ist.
 - 99 • existierende Höhenbegrenzungen auf den Prüfstand stellen, denn wir
100 brauchen eine höhere differenzierte Mindesttraufhöhe für Neubauten, um
101 Flächen effektiver nutzen zu können.
 - 102 • weiterhin konstruktiv an einem Hochhauskonzept mitarbeiten, das
103 klimatische, ökologische und soziale Aspekte berücksichtigt.
 - 104 • die Entwicklung der Stadt gemeinsam mit ihren Bürger*innen gestalten und
105 diese aktiv in die notwendigen Prozesse mit einbinden.
 - 106 • die Entwicklung neuer Stadtquartiere, insbesondere Kreuzfeld, die
107 „Parkstadt Süd“ und das ehemalige Industrieareal „Otto+Langen“ in Mülheim-
108 Süd über städtische Entwicklungsgesellschaften steuern und gestalten,
109 statt die Entwicklung sowie die städtischen Flächen Privatinvestoren zu
110 überlassen.
 - 111 • die Entwicklung der Stadt zusammen mit der Region planen und abstimmen,
112 weil Entwicklungsfragen nicht an der Stadtgrenze haltmachen.
 - 113 • Wohnungsentwicklung und ÖPNV zusammen planen und umsetzen und Wohnen an
114 ÖPNV-Knotenpunkten intensivieren.
 - 115 • weitere autofreie Wohngebiete nach Vorbild der autofreien Siedlung in
116 Nippes bauen bzw. Initiativen für autofreie Quartiere fördern, bei denen

- 117 die Anbindung an den ÖPNV im Vordergrund steht und es ausreichende,
118 überdachte und sichere Fahrradstellplätze gibt.
- 119 • die Stellplatzordnung so ändern, dass die Schaffung von mehr Wohnraum und
120 mehr Wohneinheiten für Studierende und im sozial geförderten Wohnungsbau
121 nicht am Mangel an Pkw-Stellplätzen scheitert.
 - 122 • die Anpassung an die Klimakrise als ein zentrales Planungskriterium für
123 die städtische Entwicklung einfordern – als eine dauerhafte
124 Querschnittsaufgabe von Verwaltung, lokaler Wirtschaft, Bürger*innenschaft
125 und städtischen Beteiligungsunternehmen, in Form von z. B. Hitzeanpassung,
126 Schaffung von Grünflächen, Biodiversität und Schutz vor extremen
127 Wettersituationen.
 - 128 • Neubauten langlebig bauen und Klimafolgen berücksichtigen indem wir z. B.
129 dafür sorgen, dass Dächer begrünt oder Solaranlagen auf den Gebäuden
130 installiert werden und nach Passivhausstandard gebaut wird, sofern machbar
131 und sinnvoll.
 - 132 • verstärkt nachhaltige Baustoffe einsetzen, die nachwachsend und recycelbar
133 sind, möglichst aus der Nähe stammen und keine langen Transportwege hinter
134 sich haben, wobei Holz als besonders umweltfreundliche Alternative
135 verstärkt Berücksichtigung erfahren soll.